



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Stefan Schuster, Martina Fehner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen SPD**

Fehlmeldungen bei der Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Problematik von eingegangenen Fehlmeldungen bei der Polizei zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen.

- Zu wie vielen Orten wurde die Polizei aufgrund einer Fehlmeldung in den letzten drei Jahren gerufen?
- Auf welche Weise wurde die Polizei verständigt (Telefon, Twitter, Facebook, etc.)?
- Welche Möglichkeiten hat die Polizei, Bilder und Hinweise (auf Facebook, Twitter, etc.), die einen Einsatz gefährden können, in Zukunft zu verhindern?
- Auf welche Weise wird den Fehlmeldungen nachgegangen, wenn sich der Hinweis als unbegründet herausstellt?
- Wird statistisch erfasst, wie viel Einsatzzeit auf die Abarbeitung von Fehlalarmen verwendet werden muss, beziehungsweise: wie viel war das in den letzten drei Jahren?

Begründung:

Bei polizeilichen Einsätzen kommt es immer wieder zu Fehlmeldungen über Notruf, aber zunehmend über soziale Medien (so zum Beispiel beim Großeinsatz am Olympia Einkaufszentrum in München). Diese führen zu einer großen zusätzlichen Belastung für die Polizei, aber auch zu großer Unsicherheit in der Bevölkerung.

Es ist wichtig, dass die Polizei jedem einzelnen Hinweis nachgeht. Dies bindet aber viele Einsatzkräfte, welche möglicherweise an anderer Stelle fehlen. Schnell werden Bilder und Videos über Facebook und Twitter geteilt, welche die Polizeiarbeit gefährden.

So gewinnbringend die sozialen Medien in solchen Fällen sein können (wie die Münchner Polizei durch ihre Arbeit bewiesen hat), so gefährlich kann es werden, wenn Unwahrheiten die Arbeit der Polizei erschweren oder die Bevölkerung verunsichern. Hier entsteht für einen handlungsfähigen Staat dringender Handlungsbedarf.